WP-04-057-2 Ein Land der Solidarität

Antragsteller*in: Marc Kersten (KV Köln)

Änderungsantrag zu WP-04

Von Zeile 56 bis 57 einfügen:
des Bundes, mit dem die Schuldnerberatung für neue Zielgruppen geöffnet wird, und wollen das Angebot entsprechend ausweiten und auch Betroffenen mit einer Mischung aus privaten und selbständigen Schulden eine niedrigschwellige Beratung ermöglichen.

Begründung

(einstimmiger Beschluss des AK Soziales der Kölner Grünen vom 7.10.2026)

Über 4 Millionen Menschen in Deutschland sind überschuldet, nicht viel weniger als ALG II beziehen.

Wir wollen diesen Menschen aus der Schuldenspirale helfen, indem wir die Arbeit und Refinanzierung der Schuldnerberatungsstellen erleichtern und dabei auch Verbindlichkeiten aus gewerblicher Tätigkeit berücksichtigen. Das war auch schon Forderung im letzten Landtagswahlprogramm. An der Rechts- und Gemengelage hat sich diesbezüglich aber noch nichts geändert. Deshalb lehnen die allermeisten Schuldnerberatungsstellen solche Fälle ab.

Vor allem Kleinunternehmen und Einzelselbständige geraten aber oftmals in diese Situation und sind dann von der Restschuldbefreiung der Privatinsolvenz ausgeschlossen und stoßen bei der Suche nach Unterstützung auf eine Wand. Auch Mitarbeitende von Schuldnerberatungsstellen wünschen sich hier mehr Spielräume, damit sie Betroffene mit ihrem Problem nicht alleine lassen müssen.

Unterstützer*innen

Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Dirk Hähnel (KV Duisburg); Nabiha Ghanem (KV Soest); Anna Daphne Bamidis (KV Köln); Eva Christiane Kuzu (KV Bonn); Martin Hase (KV Essen); Alyssa Ammelung (KV Köln); Rebecca Wehling (KV Köln); Andreas Disselnkötter (KV Ennepe-Ruhr); Ida Holschbach (KV Köln); Susanne Alexi-Lingscheid (KV Köln); Diana Siebert (KV Köln); Ingelore Fohr (KV Düsseldorf); Amana Pak (KV Köln); Sarah Laukötter (KV Bielefeld); Michael Aßmann (KV Steinfurt); Theresa Marzoll (KV Köln); Tim Lautner (KV Münster); Nicole Findeisen (KV Rhein-Kreis-Neuss)